

04.07.2012

Beschlussprotokoll

der 5. Sitzung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am Mittwoch, dem 4. Juli 2012
gemäß § 98 der Geschäftsordnung

1. Verlässliche Rahmenbedingungen für den Chemiestandort NRW schaffen – Landesregierung darf CO-Pipeline nicht weiter behindern

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/129

Die Aktuelle Stunde wurde durchgeführt.

**2. Zusammen lernen - zusammenwachsen
Eckpunkte für den Weg zur inklusiven Schule in NRW**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 16/118

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/168

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/172

Der Antrag - Drucksache 16/118 - wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei sechs Enthaltungen der Fraktion der PIRATEN angenommen.

Der Entschließungsantrag - Drucksache 16/168 - wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Der Entschließungsantrag - Drucksache 16/172 - wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und PIRATEN abgelehnt.

3. Bekenntnis zur Jugendbeteiligung mit Leben füllen - Verantwortung des Landes wahrnehmen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/44

Der Antrag - Drucksache 16/44 - wurde nach Beratung einstimmig an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.

4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen (Nichtraucherschutzgesetz NRW - NiSchG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/125

1. Lesung

Der Gesetzentwurf - Drucksache 16/125 - wurde nach der 1. Lesung einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales - federführend -, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, an den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie an den Rechtsausschuss überwiesen.

Widerspruchslos wurde die Empfehlung des Ältestenrats zur Kenntnis genommen, in Abänderung des Beschlusses des Landtags vom 21. Juni 2012 - Drucksache 16/51 (Neudruck) - dem Ausschuss den Namen „Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales“ zu geben.

5. Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/120

1. Lesung

Der Gesetzentwurf - Drucksache 16/120 - wurde nach der 1. Lesung einstimmig an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen.

6. Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/41

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 16/130

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
Drucksache 16/173

2. Lesung

7. Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG-Abkommen)

Antrag der Landesregierung auf
Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der
Landesverfassung
Drucksache 16/18

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 16/131

Der Gesetzentwurf - Drucksache 16/41 - wurde entsprechend der Beschlussempfehlung - Drucksache 16/130 - einstimmig bei einigen Enthaltungen der Fraktion der CDU nach der 2. Lesung angenommen.

Der Änderungsantrag - Drucksache 16/173 - wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Der Antrag - Drucksache 16/18 - wurde entsprechend der Beschlussempfehlung - Drucksache 16/131 - einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.

8. Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 16/19

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses
Drucksache 16/132

Der Antrag - Drucksache 16/19 - wurde entsprechend der Beschlussempfehlung - Drucksache 16/132 - einstimmig bei vereinzelt Enthaltungen angenommen.

9. Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“

Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/123

Der Antrag - Drucksache 16/123 - wurde in direkter Abstimmung einstimmig angenommen.

10. Verfassungsbeschwerde des Bundes für Geistesfreiheit München gegen

- a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Dezember 2009 - BVerwG 6 B 35.09 -,
- b) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 7. April 2009 - 10 BV 08.1494 -,
- c) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts München vom 12. März 2008 - M 18 K 07.2274 -,
- d) den Widerspruchsbescheid der Regierung von Oberbayern vom 23. Mai 2007 - 10-2172-2-07 -,
- e) den Bescheid der Landeshauptstadt München vom 3. April 2007 - KVR-I/321AG2 -

1 BvR 458/10
Vorlage 16/8

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 16/61

Entsprechend der Beschlussempfehlung - Drucksache 16/61 - wurde einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen, eine Stellungnahme nicht abzugeben.

11. Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Ahaus sowie weiterer 13 Städte und Gemeinden, § 8 Abs. 3 und 5 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 - GFG 2011) vom 18. Mai 2011 (GV. NRW. S. 259 ff.) verletzen die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 9/12
Vorlage 16/9

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 16/62

Entsprechend der Beschlussempfehlung - Drucksache 16/62 - wurde einstimmig bei wenigen Enthaltungen beschlossen, eine Stellungnahme nicht abzugeben.

- 12. Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Gemeinde Alpen sowie weiterer 45 Städte und Gemeinden, das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 - GFG 2011) vom 18. Mai 2011 (GV. NRW. S. 259 ff.) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

VerfGH 14/11
Vorlage 16/17

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 16/63

Entsprechend der Beschlussempfehlung - Drucksache 16/63 - wurde einstimmig beschlossen, eine Stellungnahme nicht abzugeben.

- 13. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union**

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 16/124

Der Wahlvorschlag - Drucksache 16/124 - wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN bei Gegenstimmen aus der Fraktion der CDU angenommen.

- 14. Benennung eines ordentlichen Mitglieds für den Kongress der Gemeinden und Regionen der Europäischen Union**

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 16/151 (Neudruck)

Der Wahlvorschlag - Drucksache 16/151 (Neudruck) - wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltungen aus der Fraktion der PIRATEN angenommen.

15. Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 16/1

Gemäß § 91 Abs. 8 GO einstimmig bestätigt.

.....
Präsidentin

.....
Schriftführer/in

.....
Schriftführer/in